

**duktion – und zwar sowohl in relativen als auch in absoluten Zahlen. Dr. Lutz Mez, Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und Geschäftsführer der Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, veröffentlichte anlässlich des 20. Jahrestages von Tschernobyl in der Zeitschrift „Osteuropa“ einen Beitrag zum Thema „Auslaufmodell? – Die Zukunft der Atomenergie in der EU“.**

„Die EU-Staaten stehen unterschiedlich zur Atomenergie. Sieben Staaten nutzen sie, zwei haben ihre Reaktoren stillgelegt, sechs betreiben den Ausstieg. Die übrigen zehn haben keine Atomprogramme. Vermutungen, dass es nach der Osterweiterung der EU zu Standortverlagerungen von West nach Ost kommen würde, sind unbegründet. Aus Sicherheitsgründen werden acht Reaktoren stillgelegt. Die EU und westliche Geldgeber stellen dafür über eine Milliarde Euro zur Verfügung. Gleichzeitig sollen eingemottete Atomkraftwerke fertiggestellt werden. Ein Reaktor ist in Bau, neue sind geplant. Wegen der Liberalisierung der Stromwirtschaft ist der Neubau von Atomkraftwerken kaum mehr zu finanzieren.“ So charakterisiert Mez den Status quo.

Der Ausstieg aus der Atomenergie habe bereits Ende der 1970er Jahre in den USA begonnen, stellt er fest. „Nach der Kernschmelze im Reaktor TMI-2 in Harrisburg, Pennsylvania 1979, wurden fast zwei Drittel der US-AKW-Projekte storniert. In Europa wurden die Atomprogramme in Österreich und Deutschland ad acta gelegt. Nach 1986 entschieden sich Italien, die Niederlande, Belgien, Schweden und Deutschland zum Ausstieg aus der Atomenergie und

setzten diesen Beschluss zum Teil auch bereits um. In Spanien und der Schweiz gibt es ein Atommoratorium.“ (Mez 2006, S. 155)

Etwas anders sei die Entwicklung in Osteuropa. Nach Tschernobyl konnte die Anti-AKW-Bewegung in der Sowjetunion im Zeichen von Glasnost und Perestrojka zwar Baustopps bei Atomprojekten und ein Atommoratorium erreichen, aber nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hätten die Technokraten im Energiesektor die alten Programme und Projekte weiterverfolgt“, so Mez.

Für die Europäische Union bedeute der Betrieb, besonders der „Hochrisikoreaktoren“ der russischen Baureihen, ein grundsätzliches Sicherheitsproblem. Auch westliche Baureihen weisen gravierende Sicherheitsmängel auf und verursachten bereits Stilllegungen, wie die des rheinland-pfälzischen Atomkraftwerks Müllheim-Kärlich.

Nach einer Betrachtung der weltweiten Atomprogramme, folgert Mez, daß von einer Renaissance der Atomkraft keine Rede sein kann. „Die sechs größten Betreiberländer (USA, Frankreich, Japan, Rußland, Deutschland und Südkorea) sind teils Atomwaffenstaaten und produzieren drei Viertel des gesamten Atomstroms. Weltweit beträgt der Anteil der Atomkraftwerke an der Stromerzeugung 16 Prozent. Das entspricht 6 Prozent des Primärenergieverbrauchs und zwei bis drei Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Damit ist der Beitrag der Erneuerbaren Energien zur Umweltentlastung und zum Klimaschutz deutlich höher als der der Atomkraft.“ (Mez 2006, S. 156)

Die Atomlobby hat keinen Grund, Morgenluft zu wittern. Auch wenn der russische Präsident gerade vollmundig Erklärungen über den Ausbau des russischen Atompro-

gramms kundtut. Diese Planungsdaten stehen seit 20 Jahren in den Büchern.

Bei genauem Hinsehen stellen nämlich die Altlasten der industriellen Nutzung des Atoms ein technisch und finanziell kaum zu bewältigendes Problem für Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Mit den strahlenden und giftigen Hinterlassenschaften, dem Müll der Atomgeschichte, wird je nach gesellschaftlicher Konstitution und Kaufkraft mehr oder weniger sorgfältig umgegangen. Die Regulatoren der Anlagenüberwachung kommen mangels Kompetenz und finanziellen Möglichkeiten ihrer Aufgabe kaum nach.

Da die Atomenergienutzung in Deutschland nur durch den Abbau von Uran in anderen Teilen der Welt ermöglicht wird, läßt sich schon heute vielfältig die durch diesen Ressourcenabbau verursachte Verseuchung von Mensch und Umwelt betrachten. Alte und verlassene Minen in den USA, Kanada, Australien, Afrika, Rußland und Zentralasien, aber auch Altabbaugebiete des Wismut-Uranabbaus in Deutschland, lassen die Geigerzähler hoch ausschlagen. Vielerorts ist kein Verursacher mehr zur Verantwortung zu ziehen und die Bevölkerung ahnt nichts von den verdeckten Altlasten. Diese gesellschaftlichen Atom-Kosten werden in Debatten um Laufzeitverlängerung und Energiezukunft unter den Teppich gekehrt und den nachfolgenden Generationen überlassen. Die Kosten des sogenannten Rückbaus von stillgelegten Atommeilern sowie der Verbleib der giftigen und strahlenden Rückstände dieser Risikotechnologie müssen ebenfalls unter die Lupe genommen werden.

„Für mich sind die Energieträger kein Problem“, erklärte Prof. Paul Hans Brunner von der Technischen Universität in Wien im Gespräch mit Strah-

lentelex. „Wir haben die solare Einstrahlung. Wir können von dieser solaren Einstrahlung wunderbar leben. Wir müssen das endlich technologisch auf die Schiene bringen. Heute ist es noch immer so, daß die Erdölprodukte zu billig sind. Und solange das Erdöl so billig ist, werden wir uns nicht darum kümmern, Geld in die Technologieentwicklung zu stecken und neue Energieformen zu entwickeln. Wir brauchen neue Technologien, mit denen wir die Solarstrahlung direkt, mit viel geringerem Umweg in nutzbare Energieformen umwandeln.“

**Inge Lindemann**

Lutz Mez: Auslaufmodell? – Die Zukunft der Atomenergie in der EU; Osteuropa, 56. Jg., 4/2006, S. 155-168

Felix Matthes, Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2006.

Broder J. Merkel et al., Uranium in the Environment, Mining Impact and Consequences, Heidelberg 2006.

Wise Uranium Project im Internet unter [www.wise-uranium.org](http://www.wise-uranium.org) ●

## Atomwirtschaft

# Bundesrechnungshof warnt vor Schuldenloch bei CERN

Der Bundesrechnungshof hat den Bundestag alarmiert, weil eine Finanzkrise der Europäischen Kernforschungs-Organisation CERN teure Folgekosten für die deutschen Steuerzahler verursacht. Dabei habe die Bundesregierung hinter dem Rücken des Bundestages finanzielle Pflichten in dreistelliger Millionenhöhe übernommen, kritisieren die Rechnungsprüfer in einem Bericht an den Haushaltsausschuß, aus dem die „Rheinische Post“ am 7. März 2006 zitierte. Ursache sei eine Kostenexplosion beim Bau des neuen Teilchenbeschleunigers im CERN-Labor zur Erforschung der Elementarteilchen in Genf

von geplanten 1,4 Milliarden auf mindestens 2,1 Milliarden Euro. Der deutsche Kostenanteil beträgt laut Rechnungshof rund 460 Millionen Euro. Im Bundeshaushaltsplan gebe es für diese Ausgaben jedoch keinerlei Verpflichtungsermächtigung, rügen die Rechnungsprüfer. Sie sehen darin einen Verstoß gegen die Haushaltsordnung (§ 38). Das Defizit werde auch 2006 weiter steigen, warnen die Rechnungsprüfer und sehen CERN „in einer ernsten Finanzkrise“. Bedenken haben sie auch dagegen, daß CERN für fast 300 Millionen Euro Kredite aufgenommen hat, die 2008 und 2009 zurückgezahlt werden müssen. Auch diese Folgekosten seien für den Bundestag „nicht zu erkennen“, rügte der Rechnungshof. Damit habe die Regierung „das parlamentarische Budgetrecht beeinträchtigt“.

## Verbraucherinformation

### Uran im Mineralwasser

#### Verbraucherschützer verklagen das Gesundheitsministerium in Sachsen-Anhalt

Um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, verweigert das Gesundheitsministerium des Landes Sachsen-Anhalt die Auskunft über Urangelhalte im Mineralwasser. Das Geschäftsinteresse der Mineralwasserindustrie schlägt das Informationsbedürfnis der Bevölkerung. Schwarz auf weiß ist das im Schreiben des sachsen-anhaltinischen Ministeriums für Gesundheit und Soziales vom 19. Dezember 2005 an das Verwaltungsgericht Magdeburg nachzulesen. Dort heißt es: „Bekanntlich sind Ausdrücke wie Uran und Radioaktivität in der Öffentlichkeit mit einem hohen Angstpotential behaftet (...). Allein der Umstand, den Verzehr von Mineralwässern mit

der Aufnahme von Uran und damit der Exposition gegenüber radioaktiver Strahlung in Verbindung zu bringen, vermag von dem Verzehr solcher Wässer abhalten. Die Bekanntgabe von konkreten Belastungszahlen, die darüber hinaus auch noch einen Schluß auf die betroffenen Firmen zulassen, wiegt ungleich schwerer.“

„Wenn man so etwas hört, kann man kaum glauben, daß wir uns im Informationszeitalter befinden“, kommentiert Prof. Dr. Dr. Ewald Schnug von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig die Meldung. „Hier werden mündigen BürgerInnen Informationen vorenthalten und Stellvertreter-Entscheidungen ohne Mandat gefällt“, meint Schnug.

Die Verbraucher haben ein Recht zu erfahren, welche Inhaltsstoffe ihr Trinkwasser enthält. Dies gilt für abgepacktes Mineralwasser in gleichem Maße wie für das Wasser aus der Leitung. Die in Sachen Uran an den Tag gelegte Geheimhaltungspolitik widerspricht dem erklärten Verbraucherschutz und der Forderung nach Kennzeichnung der Inhaltsstoffe in den Lebensmitteln. Hier stehen die Behörden in der Informationspflicht. Deshalb hat die Verbraucherorganisation „foodwatch“ jetzt das Gesundheitsministerium in Sachsen-Anhalt verklagt. Eine Entscheidung des Gerichts wird für den Spätsommer erwartet.

Das Ministerium steht nicht allein. Recherchen von Strahlentelex belegen gleichlautende Aussagen aus den PR-Abteilungen der großen Mineralwasserunternehmen. Es gibt dennoch Ausnahmen bei den Firmen, die uranfreies Mineralwasser zum Verkauf anbieten. Die ersten Firmen scheuen sich nicht, gegen den Strom zu schwimmen und ihr Mineralwasser mit dem Aufdruck „Kein Uran“ zu kennzeichnen. **Inge Lindemann**

# Strahlentelex mit ElektrosmogReport

## ✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport  
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem nebenstehenden Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ zum Preis von EURO 64,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.  
Ort/Datum, Unterschrift:

**Vertrauensgarantie:** Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.  
Ort/Datum, Unterschrift:

**Strahlentelex mit ElektrosmogReport** • Informationsdienst •  
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: [Strahlentelex@t-online.de](mailto:Strahlentelex@t-online.de), <http://www.strahlentelex.de>

**Herausgeber und Verlag:** Thomas Dersee, Strahlentelex.

**Redaktion Strahlentelex:** Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

**Redaktion ElektrosmogReport:** Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: [emf@katalyse.de](mailto:emf@katalyse.de), <http://www.elektrosmogreport.de>

**Wissenschaftlicher Beirat:** Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Pliening, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

**Erscheinungsweise:** Jeden ersten Donnerstag im Monat.

**Bezug:** Im Jahresabonnement EURO 64,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 6,40.

**Kontoverbindung:** Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODEBB, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

**Druck:** Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

**Vertrieb:** Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2006 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288